

Protokoll:

Bürgermeisterin Mohrs weist auf die Stellungnahme der Verwaltung hin.

RM Schupp erklärt, dass aus seiner Sicht die Stellungnahme der Verwaltung nicht zu der Lösung des Problems beiträgt, auch wenn sie formal richtig ist.

Bürgermeisterin Mohrs erläutert, dass die Verwaltung nicht überall dafür einstehen kann, wenn Dritte Regeln missachten oder Fehler machen. Mehr Papierkörbe sind keine Lösung, weil auch an vorhandenen Papierkörben Abfälle daneben abgelegt werden.

Werkleiter Danne ergänzt, dass die Verwaltung in den letzten drei Wochen bei den sechs Papierkörben lediglich an zwei Tagen eine Überfüllung eines Papierkorbs festgestellt hat.

RM Knopp weist darauf hin, dass die Aufstellung eines Papierkorbs eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung ist und dass gegenüber seiner Fraktion fünf Anträge mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der Verwaltung nicht zur Beratung zugelassen wurden. Er bittet, dass auch in anderen Fällen entsprechend gehandelt wird.

Bürgermeisterin Mohrs erklärt auf Frage von RM Schupp, dass die Verwaltung Fragen bzw. Anträge der Ratsmitglieder oder der Fraktionen zu Angelegenheiten der laufenden Verwaltung oder im Falle von Auftragsangelegenheiten klärt und beantwortet. Der Werkausschuss oder auch der Stadtrat sollen allerdings nicht damit befasst werden.

Bürgermeisterin Mohrs erklärt, dass als Ergebnis der Abstimmungen, auch mit dem Ältestenrat, festgelegt wurde, dass Angelegenheiten der laufenden Verwaltung oder von Auftragsangelegenheiten künftig nicht mehr in den Gremien beraten werden sollen.

RM Schneider weist auf die Kosten der Bearbeitung der in Rede stehenden Anträge durch die Verwaltung hin.

RM Altmaier erklärt, dass das Ziel des Antrages die Verbesserung der Sauberkeit in dem Bereich ist.

RM Schupp erklärt auf Frage von Bürgermeisterin Mohrs, dass der Antrag zurückgenommen wird.

